

Bausteine für eine Protestresolution

Drastische Kürzungen in der gymnasialen Oberstufe geplant!

In einem Erlass zur Zuweisung für das Schuljahr 2015/16 erläutert das Hessische Kultusministerium, dass es neben Kürzungen im Bereich der Grundschulen vor allem massive Einschnitte in der gymnasialen Oberstufe plant. Begründet werden die Kürzungen mit dem Bedarf an zusätzlichen Stellen für Ganztagsangebote, inklusive Beschulung, Deutschfördermaßnahmen und zur Aufstockung der Sozialindexstellen.

So soll der bisher einheitliche Schülerfaktor in der Oberstufe für die E-Phase um 7,9% ab dem kommenden Schuljahr gekürzt werden. Für Q1/Q2 ist eine Kürzung des Schülerfaktors um 4,5% ab dem Schuljahr 2016/17 und für Q3/Q4 ebenfalls eine Kürzung um 4,5% ab dem Schuljahr 2017/18 vorgesehen. Durch die Kürzung in der E-Phase im Schuljahr 2015/16 rechnet das Ministerium mit einer Einsparung von 160 Stellen; die Kürzungen in Q1/Q2 sollen weitere 80 und in Q3/Q4 weitere 75 Stellen einsparen. Im „Durchschnitt“ erwartet das Ministerium einen Anstieg der Schülerzahl in der E-Phase von 19,6 auf 21,2; in den Leistungskursen von 16,8 auf 17,8 und in den Grundkursen von 18,9 auf 19,9.

Doch was bedeuten solche Durchschnittswerte in der schulischen Praxis?

Leistungskurse mit einer Schülerzahl von bis zu 28 sind keine Seltenheit mehr. Um ein möglichst breit gefächertes Kurswahlangebot für die Schüler vorhalten zu können, sind Schulen oftmals dazu gezwungen, kleinere Kurse einzurichten.

Es wird zukünftig kaum Möglichkeiten mehr geben, kleine Kurse z.B. in Physik oder im bilingualen Bereich anzubieten. Eigentlich ist laut Ministerium eine Stärkung im MINT-Bereich politisch gewollt.

Mit der Novellierung der OAVO wurden auch für die Grundkurse moderner Sprachen Kommunikationsprüfungen eingeführt und somit die Bedeutung der mündlichen Kommunikationsfähigkeit der Schüler hervorgehoben. Eine Vergrößerung von Lerngruppen widerspricht diesem Ansinnen eklatant.

Durch festgelegte Abwahlmöglichkeiten nach der Q2-Phase ergeben sich strukturelle Notwendigkeiten zur Bildung kleinerer Kurse in Q3 und Q4, so beispielsweise in Politik und Wirtschaft, Kunst und Musik.

Die Kürzungen führen dazu, dass eine große Zahl von Kursen eine deutlich höhere Schülerzahl aufweisen wird.

Insgesamt werden sich die Arbeitsbedingungen durch die Kürzungen sowohl für Schüler als auch Lehrkräfte deutlich verschlechtern!!!

Neben der bereits angesprochenen Erhöhung der Schülerzahlen ist bei einzelnen Schulen auch mit der Notwendigkeit von Abordnungen zu rechnen. Die Kürzung verstärkt die an vielen Gymnasien herrschende Tendenz der Überbesetzung, die durch den Abgang des Doppeljahrgangs und verfehlte Planungen vor Ort hervorgerufen wurde. Bei einer Oberstufe mit etwa 300 Schülern sorgt die Kürzung für den Wegfall von deutlich mehr als einer Stelle.

Das Ministerium hat in der Vergangenheit wiederholt betont, welche herausragende Versorgung den Schulen mit einer Zuweisung von rechnerisch 104% gewährt werde. Selbst wenn diese zweifelhafte Rechnung zu Grunde gelegt wird, ist zu konstatieren, dass beispielsweise die Oberstufengymnasien durch die Kürzungen unter eine rechnerische Ausstattung von 100% fallen werden.

Auf die Frage, warum die gymnasiale Oberstufe als Sparschwein auserkoren wurde und ob das Ministerium der Auffassung sei, dass die Kurse in der Oberstufe zu klein seien, antwortet das Ministerium, dass die Kriterien für die Kürzungsvorhaben durch „politische Setzungen“ bestimmt seien und daher nicht weiter offen gelegt werden könnten.

Die Kürzungen entfalten im Kontext der angekündigten Reallohnsenkung durch die „Null-Runde“ 2015, die Deckelung auf 1% für die kommenden Jahre und die seit dem Tarifabschluss 2009 nicht gewährte Pflichtstundenreduzierung, einen besonders üblen Beigeschmack! Die Geringschätzung der Arbeit von Lehrkräften findet hier seinen unmittelbaren Ausdruck.

Deshalb unsere Forderungen:

- Keine Kürzung der Zuweisung in der Oberstufe!
- Neue und zusätzliche Angebote müssen durch Stellenausweitungen und Neueinstellungen abgedeckt werden!
- Bestehende Defizite in der Zuweisung, bspw. für Inklusion, dürfen nicht durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in anderen Bereichen bezahlt werden!
- Kein Bildungsbereich darf gegen einen anderen ausgespielt werden!

*Verabschiedet durch Personalrat / Personalversammlung / Gesamtkonferenz
oder Einzelunterschriften*

*Gebt euren Protest der örtlichen Presse und dem Kultusministerium zur
Kenntnis!*